

Polizei beobachtet rechten Rand

Staatsschutz registriert rund 50 rechtspolitisch motivierte Delikte pro Jahr. Stadtgesellschaft wehrt sich gegen aufkeimenden Populismus und Extremismus

Von Barbara Hoynacki

In diesen aufgeheizten, sich stetig polarisierenden Zeiten beobachtet die Polizei recht genau die Entwicklungen am rechten und rechtsextremen Rand unserer Gesellschaft. Der für Oberhausen zuständige Staatsschutz in Essen versichert zwar, es gebe nach seinen Erkenntnissen keine feste rechtsextreme Szene in unserer Stadt. Dennoch registrierte die Polizei im vergangenen Jahr wieder rund 50 rechtspolitisch motivierte Delikte. Der bundesweit zunehmende Rechtsruck ist also auch in Oberhausen spürbar.

„Oberhausen bleibt eine tolerante und weltoffene Stadt.“

Daniel Schranz, Oberbürgermeister der Stadt Oberhausen vor den Politikern im Stadtrat



Die Polizei ist wachsam. Der Staatsschutz registriert pro Jahr rund 50 Delikte von rechtspolitisch motivierten Tätern. Der Rechtsruck ist spürbar, eine feste rechte Szene sehen die Ermittler derzeit nicht.

FOTO: FABIAN STRAUCH

Und so nutzte Oberbürgermeister Daniel Schranz (CDU) jetzt ausdrücklich die Einbringung des Haushaltes dafür, sich bei seinen Ratskollegen zu bedanken, dass sie „trotz aller Meinungsverschiedenheiten keinen Riss durch unser Stadtparlament zugelassen haben“. Vielleicht gebe es sogar einen Zusammenhang zwischen der vorherrschenden gemäßigten Tonlage im Stadtrat und der Tatsache, dass in dieser Stadtgesellschaft der Spaltpilz bisher keinen Nährboden gefunden habe. „Darauf können wir sehr stolz sein, denn selbstverständlich ist dies mit Blick nach

Chemnitz oder Köthen ganz sicher nicht.“ Fest stehe in jedem Fall: „Oberhausen bleibt eine tolerante und weltoffene Stadt.“

Schulterschluss vermisst

Es gibt wertvolle Aktionen, mit denen Oberhausener sich deutlich gegen Rechts positionieren – darauf weist auch Historiker Klaus Oberschewen hin. Doch der Vorsitzende des Historischen Vereins Oberhausen-Ost vermisst bislang einen bundesweiten parteiübergreifenden Schulterschluss. „Die Schleusen sind längst geöffnet, nationalsozialistisches Gedankengut

wird wieder unverblümt in die Öffentlichkeit getragen.“ Die stärker werdenden Gegendemonstrationen gegen die Aufmärsche der Rechtspopulisten in Chemnitz seien für ihn Hoffnungsschimmer. Es werde aber auch höchste Zeit. Denn seit der Messerattacke auf einen Deutsch-Kubaner in Chemnitz suche die AfD offensiv die Nähe zu Pegida und den Ultrarechten. „Weite Teile der Gesellschaft müssen jetzt Stopp sagen.“

Ralf Menkhorst vom Staatsschutz in Essen über die Erkenntnisse der Spezialisten für Oberhausen: „Einzelne Personen sind dem

rechten Spektrum zuzurechnen. Feste Treffpunkte für eine rechte Szene gibt es aber nicht.“ 2016 und 2017 habe die Polizei in Oberhausen jeweils 50 rechtspolitisch motivierte Delikte verzeichnet. Die Zahlen für dieses Jahr seien nicht signifikant verändert. Die überwiegende Anzahl der Delikte, ca. 90 Prozent, seien Propaganda-Taten (etwa Hakenkreuzschmierereien wie im Juli am Büro der Linken und auch im Europahaus). Gewaltdelikte seien in Oberhausen bislang selten. Im Januar habe es eine Körperverletzung durch den Bewurf des Bürofensters der Linken mit Kot gegeben. Tatverdächtige konnten nicht ermittelt werden.

„Oberhausen hat keinen Platz für Rassismus“ – mit dieser Aktion hat das Bündnis „Oberhausen für Demokratie und Toleranz“ fast die komplette Stadtgesellschaft auf die Beine gebracht.

An der Plakataktion gegen Rassismus haben sich bislang über 70 Organisationen beteiligt: Der Rat, Gewerkschaften, Arbeiterwohlfahrt, Friedensdorf, Schulen, Pfadfinder, Kirchen, Unternehmen. „Einen größeren Schulterschluss hat es in unserer Stadt noch nie gegeben“, führt Mitorganisator Dirk Paasch aus.

■ Dirk Paasch, Koordinator des Projekts „Demokratie leben“, erklärt: „Wirksame Präventionsstrategien müssen vor allem an den konkreten Problemen und Bedürfnissen vor Ort ansetzen.“

W 172 - Oberhausen

09.10.2018